

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 24. September 1965

Blatt 2411

Familienversicherung erhöht soziale Sicherheit

=====

24. September (RK) Die Wiener Städtische Versicherung unternimmt einen interessanten Versuch: Sie bietet durch eine allgemein erschwingliche "Familienversicherung" Gelegenheit, die Lage von Familien, die frühzeitig den Ernährer verlieren, zu erleichtern. In solchen Fällen liegen meist nur kleinere Einkommen und relativ kurze Pensionsversicherungszeiten vor, so daß die Witwen- beziehungsweise Waisenpensionen ziemlich karg ausfallen.

Durch die Familienversicherung der Wiener Städtischen sollen nun die Witwen frühverstorbenen Familienväter die Mittel in die Hand bekommen, ihre Verhältnisse zu ordnen, Ratenschulden abzustößen und sich in Ruhe eine neue Existenz aufzubauen. Wahlweise wird ein Barkapital oder eine fünfjährige "Überbrückungsrente" geboten. Die neue Versicherung springt aber auch beim Ableben der Gattin oder der Kinder unterstützend ein.

Die Familienversicherung kostet einheitlich 100 Schilling pro Monat und hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Die Leistungen sind nach dem Beitrittsalter gestaffelt und sind umso höher, je frühzeitiger der Beitritt erfolgt. Tritt zum Beispiel ein 25jähriger bei, so ist seine Frau für den Fall seines Ablebens auf 62.000 Schilling versichert, wobei an Stelle dieser Einmalzahlung eine Fünfjahresrente von 1.100 Schilling monatlich treten kann. Beim Tod der Frau erhält der Ehegatte die Hälfte der für sein eigenes Ableben vorgesehenen Barleistung. Das Kindersterbegeld beträgt einheitlich 5.000 Schilling für jedes Kind. Läuft die Versicherung bei Lebzeiten des Versicherten aus, so wird eine Erlebensfallzahlung von einheitlich 14.000 Schilling fällig, wozu ein wieder nach dem Beitrittsalter gestaffelter Gewinnanteil kommt.

Die Wiener Städtische Versicherung betrachtet die freiwillige Eigenvorsorge junger und jüngerer Familien als eine dringend notwendige Komplettierung unseres Systems der sozialen Sicherheit und hofft, mit ihrer Familienversicherung dazu beizutragen.

Sitzung des Wiener Landtages
=====

24. September (RK) Heute vormittag um 10.30 Uhr trat der Wiener Landtag zu seiner ersten Sitzung in der Herbstsession zusammen. Nach Eröffnung durch den Ersten Präsidenten Dr. Wilhelm Stemmer erhoben sich die Abgeordneten von ihren Plätzen, um des verstorbenen Stadtrates für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Hans Wollinger, zu gedenken. Landtagspräsident Dr. Stemmer sagte in seinem Nachruf: "Es obliegt uns heute die traurige Pflicht, des Todes jenes Mannes aus diesem Hause zu gedenken, dem wir gestern das letzte Geleit gegeben haben. Wenn ich hier den Kranz auf dem leeren Platz von Stadtrat Dr. Wollinger sehe, so führt mir dies schmerzlich zu Bewußtsein, wie lange dieser Platz schon verwaist war. Ein langes, schweres und tückisches Leiden hat den Verstorbenen mehr als ein halbes Jahr an der Ausübung seiner Funktionen gehindert. Wer Gelegenheit hatte, Dr. Wollinger an seinem Krankenbett zu besuchen, der weiß, daß der Tod hier mit erlösender Hand eingegriffen hat. Menschlich tragisch und für alle, die es mit ansahen, bedrückend war die Tatsache, daß Dr. Wollinger sich der Schwere seines Leidens durchaus bewußt war.

An dem Schicksalstag des 13. Februar 1934 beging Hans Wollinger seinen 19. Geburtstag. Die Lehren der damaligen Ereignisse haben auch in jener Schrift Niederschlag gefunden, die der Verstorbene gemeinsam mit Felix Romanik herausgegeben hat und in der er sich als glühender Bekenner der österreichischen Unabhängigkeit und der Demokratie erwies. Im Vorwort dieser Schrift stehen die schönen Leitsätze: 'Im Notwendigen Einigkeit, im Übrigen Freiheit, in Allem Nächstenliebe'. In diesem Geist hat Dr. Wollinger in seinen Kreisen gewirkt. Er war vier Jahre lang Abgeordneter zum Wiener Landtag, bis er in andere Funktionen berufen wurde.

Die gewaltigen Leistungen der Forschung etwa auf dem Gebiet der Weltraumfahrt machen es uns schmerzlich bewußt, daß wir im Kampf gegen den Krebs noch weit von derartigen Erfolgen entfernt sind. Innerhalb kurzer Zeit hat Wien eine Reihe von Persönlichkeiten, an die wir große Hoffnungen geknüpft haben, durch diese

tückische Krankheit verloren, wie etwa Dr. Jakl, Peter Strasser, Leopold Figl und jetzt Dr. Wollinger. 1964 starben 6.527 Wiener an bösartigen Neubildungen, das sind 15 täglich. Darum wollen wir in dieser Stunde auch die Hoffnung aussprechen, daß es der medizinischen Wissenschaft bald gelingen möge, dieser Krankheit Herr zu werden, die uns immer wieder an die Gräber allzufrüh Verstorbener führt.

Wenn auch jeder Mensch in seinen Funktionen ersetzbar sein muß, so gibt es doch für niemanden Ersatz innerhalb seiner menschlichen Bindungen.

Der Wiener Landtag wird dem verstorbenen Stadtrat Dr. Hans Wollinger stets ein ehrendes Andenken bewahren."

Landtagspräsident Dr. Stemmer teilte sodann mit, daß drei Anfragen der KLS-Fraktion vorliegen, die der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden. Dann wurde anstelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten Dr. Jakl (SPÖ) Landtagsabgeordneter Weisz (SPÖ) einstimmig in das Immunitätskollegium gewählt.

Verbessertes Anzeigenabgabegesetz

Vizebürgermeister Slavik referierte die Novelle zum Anzeigenabgabegesetz, deren Zweck es ist, eine Mehrfachbesteuerung von Abgabepflichtigen zu verhindern.

In der Debatte betonte Abg. Dr. Habl (ÖVP), daß man zu dieser Gesetzesänderung nur ja sagen könne. Sie hätte jedoch schon längst beschlossen werden müssen, da schon 1960 eine derartige Novellierung vorgeschlagen wurde und bereits seit eineinhalb Jahren die durchwegs positiven Stellungnahmen aller betroffenen Körperschaften vorliegen. Es könne auch nicht an dem Beamten gelegen sein, die ihren ausgezeichneten Ruf durchaus verdienen. Sie hätten eben den Auftrag zu spät erhalten.

Die ÖVP-Fraktion fordere aus diesem Anlaß eine Prüfung, ob nicht auch in anderen Gesetzen die Möglichkeiten zu Mehrfachbesteuerungen stecken, die zu beseitigen wären. Auch sei zu verlangen, daß Gesetzentwürfe so bald als möglich zur Diskussion vorgelegt werden.

Vizebürgermeister Slavik sagte in seinem Schlußwort, daß Wien nur in Übereinstimmung mit den anderen Gebietskörperschaften vorgehen kann. Da Wien beim Anzeigenabgabegesetz der Hauptinteressent ist, und in 90 Prozent der Fälle als gebender Teil und in nur zehn Prozent als nehmender Teil auftritt, ist es ganz logisch, daß Wien warten muß, bis die anderen Bundesländer den Willen zu einer entsprechenden Gesetzesänderung bekundet haben.

Die Zusammenarbeit mit den übrigen Bundesländern funktioniere jedoch ausgezeichnet. Man vermeidet dabei jedoch Gewaltlösungen, die vielleicht schneller gehen, und diskutiert lieber etwas länger. Hatte die ÖVP vor einem Jahr angefragt, warum die Gesetzesnovelle noch nicht vorgelegt werde, wäre damals schon Aufklärung gegeben worden.

In der Abstimmung wurde die Gesetzesnovelle in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz

Hierauf referierte Stadtrat Dr. Glück über das Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz, mit dem die Gemeinde Wien zu einem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, der bisher auf freiwilliger Basis unterhalten wurde, verpflichtet wird.

Abg. Lauscher (KLS) erklärt: So erfreulich es ist, daß nun endlich durch ein Landesgesetz der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst für die Stadt Wien zur Pflicht erklärt wird, so bedauerlich sind einige Widersprüche und Unzulänglichkeiten des Entwurfes. So ist es ein Widerspruch, daß es ausdrücklich verboten wird, daß ein privater Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst einen niedrigeren Tarif hat. Andererseits müßte eine Begrenzung der Gebühren für den privaten Dienst nach oben festgelegt werden, was aber nicht vorgesehen ist. Ferner sollten für die Bemessung der Gebühren lediglich die Betriebskosten zugrunde gelegt werden, nicht aber auch jene für Anlagen und Einrichtungen, die aus allgemeinen Steuermitteln anzuschaffen wären. Das Rote Kreuz ist selbstverständlich berechtigt, einen Ambulanz- und Rettungsdienst zu unterhalten. Es besteht aber wirklich kein Grund, es von der behördlichen Aufsicht auszunehmen. Zur Behebung dieser Unzulänglichkeiten stellt der Redner den Antrag auf Zurückstellung des Gesetzentwurfes an den zuständigen Ausschuß.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) begrüßt es, daß der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst in Wien nunmehr auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird. Unverständlich sei aber die Bestimmung über das Kostendeckungsprinzip. Dieser Grundsatz des Kostendeckungsprinzips, der in manchen Bereichen der kommunalen Verwaltung zweifellos seine Berechtigung hat, könne nicht ohne weiteres auf den Gesundheitssektor übertragen werden. In diesem Bereich könne man vom Bürger, der schon durch seine Steuerleistung für diese öffentliche Einrichtung aufzukommen hat, wohl eine angemessene Kostenbeteiligung erwarten, schwerlich aber eine völlige Deckung der Unkosten. Eine konsequente Befolgung dieser Gesetzesbestimmung müßte dazu führen, daß die eben erst beschlossenen Gebühren fast auf das Doppelte steigen können. Dazu kommt, daß auch die rechtliche Position der Krankenversicherten gegenüber der Stadt Wien schlechter wird. Nach dem neuen Gesetz ist der Krankenversicherte selbst primär Schuldner, die Krankenkassen gelten erst dann als Gebührenschnldner, wenn sie von Jahr zu Jahr eine Schuldübernahmserklärung deponieren. Ist es einmal nicht der Fall, so ist der Krankenversicherte selbst Schuldner. Es ist die Frage, ob die Krankenkassen immer prompt die Schuldübernahmserklärungen bei der Gemeinde Wien deponieren werden.

Für die Krankenversicherten bedeutet der Gesetzentwurf jedenfalls eine Schwächung ihrer rechtlichen Position. Für die Selbstzahler enthält er die Gefahr einer beträchtlichen Verteuerung. Weiter erhebt sich die Frage, was es für einen Sinn haben soll, einer privaten Institution zu verbieten, billiger als die Gemeinde Wien zu arbeiten. So ist dieser Gesetzentwurf außer vom Kostendeckungsprinzip noch vom Konkurrenz ausschließungsprinzip getragen. Es wäre daher angezeigt, jene Bestimmungen, die die Kosten behandeln, noch einmal zu überdenken. Dr. Hirnschall stellt gleichfalls den Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuß.

Schließlich befaßt sich der Abgeordnete mit dem Ärztemangel beim Wiener Rettungsdienst und kommt zu dem Schluß, daß hier wie überhaupt in manchen Bereichen des Wiener Gesundheitsdienstes vermutlich kein anderer Weg gangbar sein wird als der Versuch, durch eine materielle Besserstellung die schlechteren Berufsaussichten einigermaßen auszugleichen.

In seinem Schlußwort geht Stadtrat Dr. Glück auf die Bemerkungen über den Mangel an Ärzten bei der Wiener Rettung ein. Er erklärt, daß es einen solchen Mangel in den Sommermonaten gegeben habe, der jedoch mit freiwilligen Helfern überbrückt worden sei. Ein Appell an alle Ärzte Wiens sei erfolgreich gewesen. Im übrigen gebe es keine Stadt in Europa, in der die ärztliche Versorgung der Rettungsgesellschaften so klappt wie in Wien. In Hamburg seien überhaupt keine Ärzte bei der Rettung angestellt.

Wie der Berichterstatter ferner bemerkt, halte er es für gut und richtig, wenn junge Ärzte, die im Spitalsdienst tätig sind, auch einige Zeit bei der Rettung arbeiten. Natürlich geschieht dies nicht zugleich mit dem Spitalsdienst, sondern abwechselnd.

Bei der Abstimmung werden die beiden von Abg. Lauscher und Abg. Dr. Hirnschall eingebrachten Anträge über Zurückstellung der Vorlage, über die wegen des gleichen Inhalts gleichzeitig abgestimmt wird, mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

24. September (RK) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages eröffnet Bürgermeister Bruno Marek die Sitzung des Gemeinderates.

An Anfragen liegen vor: zwei der KLS, eine der FPÖ und zwei der ÖVP. Ferner wurden folgende Anträge eingebracht: SPÖ und ÖVP gemeinsam beantragten die "Einsetzung einer Kommission zum Studium von Rationalisierungsmaßnahmen bei den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten"; von den KLS, betreffend "Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei den Verwendungszulagen"; von der FPÖ, betreffend "Benennung einer Verkehrsfläche nach der Stadt Karlsbad", betreffend einer "Vorlage des Planungskonzeptes für den öffentlichen Massenverkehr in Wien"; von der ÖVP, betreffend "Einstellung von Gastarbeitern für Arbeiten in den Wagenrevisionswerkstätten der Wiener Verkehrsbetriebe", betreffend

die "Rattenbekämpfungsaktion in Wien", betreffend die "Errichtung einer Koordinationsstelle für Bauvorhaben", betreffend die "Einführung neuer Maßnahmen zur Verhütung von Tankwagenunfällen".

Zu Beginn der Sitzung wird sodann Ludwig Sackmauer als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt. Diese Stelle war durch den Tod von Gemeinderat Dr. Jakl freigeworden. Auf Vorschlag der SPÖ wird Ludwig Sackmauer ferner zum neuen Mitglied der Gemeinderatsausschüsse V (Gesundheit) und IX (Wohnungswesen) gewählt. Gleichfalls auf Vorschlag der SPÖ wird GR. Windisch zum Nachfolger von Gemeinderat Dr. Jakl auf dem Posten eines Beisitzers des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien gewählt. Die Wahlen erfolgen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, der die im dritten periodischen Bericht enthaltenen Überschreitungen für das Jahr 1965 beinhaltet, referiert Vizebürgermeister Slavik. Er erläutert dabei jene Posten, die einen Betrag von einer Million Schilling und darüber aufweisen.

Vizebürgermeister Slavik stellt fest, daß die erläuterten und die übrigen nicht genannten kleineren Beträge zusammen 101,997.200 Schilling erfordern. Sie sind mit 5,860.000 Schilling in Mehreinnahmen, 180.000 Schilling in Minderausgaben 2,8 Millionen in nicht veranschlagten Einnahmen und mit 93,157.200 Schilling in der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben bedeckt.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) meinte, viele der vorliegenden nachträglich zu beschließenden Überschreitungen hätten sich verhindern lassen. Sicherlich könne man die 50 Millionen Schilling Geburtstagsgeschenk für die Universität nicht ins Budget aufnehmen. Man habe jedoch zum Beispiel gewußt, daß anlässlich des Republik-Jubiläumsjahres verschiedenes vorgesehen ist, unter anderem auch die Herausgabe von Gedenkbroschüren. Die voraussichtlichen Kosten hierfür hätten sicher festgestellt werden können. Ein Budget sei nun einmal eine Summe von Schätzungen und es müßte für seine Erstellung nicht erst auf endgültige Abschlußrechnungen gewartet werden. Auch die Errichtung des Dr. Karl Renner-Denkmales sei nicht spontan erst 1965 beschlossen worden. Man habe sich bereits früher darüber Gedanken gemacht und hätte dem im Budget Rechnung tragen müssen.

Der Redner kommt sodann auf die in der Liste enthaltenen 3,9 Millionen zu sprechen, die als Mietzins für das Objekt "Felder-Haus" zur Verfügung gestellt werden müssen. Seine Fraktion habe bereits seinerzeit dagegen gestimmt, als beschlossen wurde, das Haus zu mieten. Sie ist nach wie vor der Ansicht, die Gemeinde Wien könne es sich nicht leisten, einer Versicherung, die zweifellos nicht notleidend ist, ein glänzendes Geschäft zu verschaffen. Mit dem genannten Mietzins wäre der Bau in 25 Jahren amortisiert. Seinerzeit wurde schon davon gesprochen, daß mit einem Mietzins von rund drei Millionen Schilling jährlich gerechnet wird. Warum hat man diesen Betrag also nicht bereits ins Budget eingesetzt? Im übrigen ersucht der Redner, über die Post 31, Mietzins für das Objekt Felder-Haus, getrennt abstimmen zu lassen.

Vizebürgermeister Slavik stellt im Schlußwort fest, daß es nicht einfach sei, ein Budget zu erstellen. Setzt man von Haus aus einen höheren Betrag ein, dann kommt eine Sache garantiert nicht billiger. Setzt man aber zu wenig für etwas ein, dann heißt es gleich, daß nicht richtig kalkuliert worden wäre. Dasselbe gilt auch für die Errichtung des Renner-Denkmales. Zur Zeit der Budgeterstellung fehlte die Grundlage für die Gestaltung des Denkmales und man wollte daher auch keinen x-beliebigen Betrag einsetzen. Es wird auf allen Gebieten der Wiener Finanzverwaltung so gehandhabt, daß man erst Beträge ins Budget aufnimmt, für die es Unterlagen gibt, die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Der Mietzins für das Felder-Haus wurde genau errechnet, und zwar nach der Rückzahlungsrate und aus der Verzinsung, die äußerst günstig ist. Dem Ersuchen um getrennte Abstimmung der Post 31 bittet der Redner stattzugeben.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, ohne die Post 31, einstimmig angenommen, die Post 31 mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP.

Billiche Gemeinkredite für durch hochwassergeschädigte Gärtner

Hierauf referiert Vizebürgermeister Slavik über die Erweiterung einer Kreditaktion, wonach Kredite auch für die Behebung von Hochwasserschäden bei landwirtschaftlichen Betrieben und Gärtnereien zur Vergütung gestellt werden.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) begrüßt den Antrag und anerkennt, daß von Wien anlässlich der Hochwasserkatastrophe verhältnismäßig rasch Hilfsmaßnahmen eingeleitet und sehr rasch Geldaushilfen gewährt worden sind.

Im traurigen Gegensatz dazu stehe das Gefeierte beim Bund. Hier zeige es sich wieder einmal, wie ratlos und handlungsunfähig unsere Koalitionsregierung ist, wenn es gilt, rasch und damit auch wirksam Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Es zeigt aber auch, daß die Regierung finanziell abgewirtschaftet hat, sodaß man von einer Bankrotterklärung einer Regierung sprechen muß. Da der Wiener Bevölkerung nicht neuerlich eine Steuerbelastung auferlegt werden soll, die wieder einen neuen Preisauftrieb zur Folge hätte, da aber außergewöhnliche Ereignisse auch außergewöhnliche Maßnahmen erfordern, beantragen die Freiheitlichen, durch Ausgabe von Volksaktien der verstaatlichten Unternehmungen die Hochwasserhilfe zu speisen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) erklärt, daß nach Ermittlung der Wiener Landwirtschaftskammer 245 landwirtschaftliche Betriebe in Wien - davon 39 total - geschädigt wurden und der Gesamtschaden in der Wiener Landwirtschaft zirka 15 Millionen Schilling beträgt. Leider gebe es heute noch Flächen, die durch das aufgehende Grundwasser unter Wasser stehen. Der Großteil der Betriebe kann allerdings wieder produzieren, und es ist zu hoffen, daß das Gemüse noch billiger wird, da die Betriebe keine andere Möglichkeit hatten, als Wintergemüse zu produzieren. Es hat sich jedenfalls eindeutig erwiesen, wie gerechtfertigt der Antrag der ÖVP bezüglich der hochwassergeschädigten landwirtschaftlichen Betriebe war. Allerdings habe die Ausführung sehr lange gedauert, obwohl in derlei Fällen eine Soforthilfe entscheidend ist. Hätte die Wiener Landwirtschaftskammer nicht zu einer Selbsthilfeaktion aufgerufen, hätte es bei sehr vielen Betrieben eine Katastrophe gegeben. Diese Aktion hat so richtig die überragende Bedeutung einer Selbsthilfeaktion eines Berufsstandes gezeigt. Unverständlich ist aber, daß der ÖVP-Antrag nicht zur Gänze positiv erledigt wurde, zum Beispiel hinsichtlich Ermäßigung des Pachtzinses und Nachlassens der Grundsteuer. Es ist zu hoffen, daß auch diese Punkte noch positiv erledigt werden.

GR. Schreiner (SPÖ) hebt hervor, daß der Kredit zu äußerst günstigen Bedingungen vergeben wird und daß aus dieser Kreditaktion noch drei bis vier Millionen zur Verfügung stehen.

Es entfallen daher je Betrieb 15.000 bis 20.000 Schilling. Da es sich meist um Kleinstbetriebe handelt, bedeutet das eine wesentliche Hilfe. Wien hat damit wieder einmal gezeigt, daß es der Sinn seiner Verwaltung ist, den sozial Schwächeren zu helfen. Während die Wiener Finanzverwaltung sehr rasch in der Lage ist zu helfen, konnte beim Bund bis heute, nicht zuletzt wegen der geringen Kassenbestände, keine Lösung gefunden werden. Der Schluß wäre fast, der Finanzverwalter Wiens scheint ein besserer Finanzverwalter zu sein - macht ihn zum Finanzminister. Die Sozialisten werden dem Antrag gerne zustimmen.

In seinem Schlußwort erklärt Vizebürgermeister Slavik, daß ihm von einem ÖVP-Antrag überhaupt nichts bekannt ist. So schnell wie der Bürgermeister verfügt hat, konnte auch gar kein Brief geschrieben werden; der Bürgermeister hat nämlich sofort angeordnet, daß drei Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Das ist auch sofort geschehen, dazu hat es gar keines Antrages bedurft. Man möge diese Propagandaversuche unterlassen, mit ihnen ist nicht eine Stimme zu gewinnen.

Was den Bund anlangt, haben wir immer den Grundsatz vertreten, daß wir hier nicht Bundespolitik ersetzen wollen. Die Kollegen des Gemeinderates Dr. Schmidt haben ja im Parlament die Möglichkeit gehabt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Man kann es aber nicht einfach so darstellen, als ob einfach nichts geschehen wäre. Der Schaden, den private Personen und Unternehmungen erlitten haben, dürfte etwa bei 800 Millionen liegen; an Bundeshilfe und den entsprechenden Länderbeiträgen dürften zirka 340 Millionen bereitstehen. Was die Aufbringung weiterer Mittel anlangt, werden die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht unmittelbar wirksam, weil etwa die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer erst 1967 den entsprechenden Ertrag bringen. Es kann verschiedene Lösungen geben, nur nicht die von Dr. Schmidt vorgeschlagene. Natürlich kann man verkaufen, man kann bei jeder Katastrophe ein Stückerl verkaufen, bis nichts mehr vorhanden ist. Es ist aber anzunehmen, daß es beim Bund zu einer Vereinbarung kommen wird. Eines ist sicher: Den Hochwasseropfern muß geholfen werden!

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen. Der Antrag Dr. Schmidts verfällt der Ablehnung.

Computer für Verkehrssteuerung

Über den Versuch zur Regelung und Überwachung des Verkehrs mit einer Datenverarbeitungsanlage (Computer) referiert Vizebürgermeister Dr. Drimmel. Dieser Versuch soll zunächst im Bereich der Signalgruppen Schottentor-Ringturm-Freyung-Burgtheater unternommen werden. Durch das starke Ansteigen des Straßenverkehrs werden immer größere Anforderungen an die Verkehrsregelung gestellt. Schon 1962 hat die Magistratsabteilung 46 mit der Einrichtung einer Verkehrsleitzentrale begonnen, die den innerstädtischen Verkehr von einer zentralen Stelle aus in einem bestimmten Umfang regeln und überwachen soll. Diese Anlage hat sich im großen und ganzen bewährt. Der nunmehrige Versuch baut auf dieser Erfahrung auf und stellt eine weitere Stufe in der Entwicklung der ursprünglichen Planung der Verkehrsleitzentrale durch Hinzufügung der Datenverarbeitungsanlage dar. Damit bekommt das ursprüngliche Konzept erst seinen vollen Wert. Der qualitative Unterschied zum bisherigen System wird in der Möglichkeit bestehen, rasche und eine Koordinierung berücksichtigende Anpassung der einzelnen Phasenlängen an das wechselnde Verkehrsaufkommen in einer bestimmten Region des Verkehrs vorzunehmen. Die Steuerung der Signalanlage wird durch eine verkehrsabhängige Einrichtung, deren Impulse ein Computer liefert, ermöglicht. Es ist ein Versuchsstadium, da es bisher noch nirgends einen so restlos gelungenen Versuch gegeben hätte, daß man diesen jetzt bereits als eine Standardlösung anpreisen könnte. Wir geben damit auch einer österreichischen staatlichen Firma und österreichischen Ingenieuren eine Chance. Das Ergebnis des Versuches wird einem neutralen Sachverständigen-Team aus Kreisen der Technischen Hochschulen Österreichs unterworfen. Ein gelungener Versuch wäre die Voraussetzung, einige in Bau befindliche Signalgruppen mit einzubinden. Mit dem Versuch überschreiten wir die Schwelle vom Management in das Zeitalter der Programmierer, die im Computer-Zeitalter die große Rolle spielen werden. Selbstverständlich wird der Computer das Hirn und Herz unserer Ingenieure und Verwaltungsbeamten nicht ersetzen können.

GR. Neusser (ÖVP) zeichnet einleitend die Vision führerloser U- und S-Bahnen, die nur von zentralen Leitstellen gelenkt werden.

Menschen werden nur mehr die klaglose Abwicklung überwachen. Das ist die Zukunft, und diese Zukunft beginne jetzt, mit diesem Antrag.

Im folgenden befaßt sich GR. Neusser mit den Erfahrungen, die man im Ausland mit Computern bei der Verkehrsregelung gemacht hat. In Europa sind bisher nur vier Städte mit diesem Problem befaßt, nämlich Hamburg, Berlin, München und Wien. Während aus Hamburg keinerlei Daten vorliegen und in Berlin der Computer bisher nur zur Verkehrszählung eingesetzt wurde, ist man in München bereits am weitesten. In Wien ist man seit 1964 eingehend mit diesen Problemen beschäftigt. Bekanntlich soll hier vorerst der Kreuzungsbereich Schottentor an den Computer angeschlossen werden. Insgesamt sollen dann 50 Kreuzungen koordiniert werden.

Bei einem Vergleich München-Wien zeigt sich folgendes: München beginnt mit der elektronischen Verkehrsregelung auf dem verkehrsreichsten Platz Europas, dem Stachus, den jede zwölfte Sekunde ein Straßenbahnzug kreuzt. Nach der ersten Aufbauphase werden 400 Kreuzungen an den Computer angeschlossen sein. In der bayrischen Hauptstadt sind schon seit langem zahlreiche Voraussetzungen für den Einsatz von elektronischen Datenverarbeitungs-
maschinen gegeben: bis auf zwei sind schon jetzt alle Ampelanlagen automatisiert, die meisten Vorbereitungen für die Kabellegungen sind getroffen, vor allem aber besitzt München seit Jahren einen Generalverkehrsplan, der den zukünftigen Verkehr berücksichtigt. In Wien hingegen gibt es eine zentrale Fernseh-Leitstelle, eine koordinierte Grünwelle am Gürtel und unzählige handgeregelt
Ampelkreuzungen. Es gibt keine aufnahmefähigen Umfahrungsstraßen, und wie lang die für eine Computerregelung notwendigen Kabellegungen dauern werden, ersieht man daraus, daß ein Kilometer rund eine Million Schilling kostet. Was aber vor allem anderen in Wien fehle, ist ein Generalverkehrsplan, ein langfristiges Straßenbaukonzept. Wir brauchen eine Vorausplanung für mindestens 20 bis 30 Jahre.

GR. Windisch (SPÖ) stellt einleitend fest, daß sich die Zahl der Kraftfahrzeuge in Wien in den letzten zehn Jahren um 270 Prozent erhöht hat. Im folgenden macht er verschiedene Vorschläge, die zur Erleichterung der Verkehrssituation in Wien beitragen könnten, da er der Meinung ist, daß es außer dem Computer auch noch andere Lösungsmöglichkeiten gibt. Er selbst habe zum Beispiel vor einigen Monaten umfangreiche Vorschläge zur Entflechtung des Verkehrs in der Inneren Stadt ausgearbeitet und dem Leiter der Magistratsabteilung 46 (Technische Verkehrsangelegenheiten) übermittelt. Diese Vorschläge sehen unter anderem die Umleitung verschiedener Autobuslinien in der Inneren Stadt sowie verschiedene neue Einbahnregelungen vor. Ferner müßte zunächst versucht werden, alle handgesteuerten Ampeln in Wien zu automatisieren. In den Innenbezirken müßte die Zahl der Blauen Zonen vergrößert werden. Er könne sich außerdem durchaus vorstellen, daß man eines Tages, wenn der Verkehr weiter so zunimmt und die Appelle an die Kraftfahrer, die Innere Stadt zu vermeiden, nichts fruchten - daß man dann also gezwungen sein wird, den Individualverkehr in der Inneren Stadt rigoros einzuschränken. Entsprechende Maßnahmen in dieser Hinsicht müßten schon vorher zeitgerecht durchgeführt werden. Man müsse nur den Mut dazu aufbringen. Im übrigen seien Verkehrsangelegenheiten keine parteipolitische Sache.

Abschließend appelliert GR. Windisch an die Beamten der Magistratsabteilung 46, und an jene des Verkehrsamtes der Polizei, zwischen denen es zwar ein ausgezeichnetes Einvernehmen, aber vielfach doch Reibereien gibt, in Hinkunft gemeinsam in jedem Einzelfall Lösungen im Interesse der Wiener Bevölkerung zu finden. Der Redner erinnerte an die Stauungen, die es jahrelang in den Abendstunden bei den Straßenbahnzügen der Zweierlinie gegeben hat. Er selbst habe damals den Vorschlag gemacht, die Haltestellen nach dem Kreuzungsbereich einzurichten. Ein Jahr später sei dieser Vorschlag als Idee eines Verkehrsbetriebsdirektors durchgeführt worden. Schließlich sei es auch nebensächlich, wer die Idee hatte, Hauptsache es geschieht etwas! Jedenfalls bleiben auch neben dem Computer die Gehirne der Techniker, aber auch die der Gemeinderäte von Bedeutung. Immerhin aber kann die Elektronik dazu beitragen, daß der Verkehr in Wien auch in Zukunft nicht zu einem Chaos wird.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel sagte in seinem Schlußwort, daß der gegenständliche Beschluß wohl eine Linderung, aber nicht die Endlösung der Verkehrsprobleme bedeute. Jeder neue Pkw benötige im ruhenden Verkehr zehn Quadratmeter Straßenfläche, im rollenden sogar 100 Quadratmeter. Diese Verhältnisse, konfrontiert mit dem Zuwachs an Verkehrsflächen, bringen eine Divergenz mit sich, die einfach unlösbar ist. Die Wiener Innensadt wird aus dem Individualverkehr herausgelöst werden müssen, sobald entsprechende Massenverkehrsmittel im ersten Bezirk zur Verfügung stehen. Dem modernen Menschen, für den das Auto kein Prestige-Mittel mehr ist, kann man die Vorteile eines öffentlichen Verkehrsmittels sicher klar machen.

Verkehrsfragen dürfen nicht zum Politikum werden. Bei ihrer Behandlung muß sich vielmehr die Koalition bewähren.

Es hat seine guten Gründe, daß da und dort noch handgesteuerte Signalanlagen errichtet werden, obwohl die Polizei wegen des Personalmangels darüber klagt. Aber an Stellen, für die die endgültigen Verkehrsregelungen noch nicht durchgeführt werden konnten, ist es rationeller, vorläufig eine handgesteuerte Anlage zu bauen, als eine automatische, die mehr als eine Million Schilling kostet.

Mit technischen Mitteln kann man den Verkehr vielleicht bändigen, seine Gesamtproblematik aber nicht lösen. Auch die Unterstellung der Polizei unter die Kompetenz des Magistrates könnte keine Wunder wirken, zumal ohnehin in allen Belangen ein gutes Einvernehmen mit der Bundespolizeidirektion besteht. Die Erfahrungen mit einer kürzlich abgehaltenen Pressekonferenz legen für die Zukunft weitere derartige Enqueten nahe, denn eine besser informierte Öffentlichkeit wird auch vernünftiger und sachlicher Kritik üben.

Den politischen Wert von Verkehrslösungen darf man nicht überschätzen, denn er ist sicher nicht wahlentscheidend. Es bleibt der ganze Gemeinderat für diese Angelegenheiten verantwortlich, für die er ja auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen muß. Keinesfalls darf man in Fragen der Verkehrsplanung den zweiten Schritt vor dem ersten tun und muß alles gründlich überlegen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Der Umbau der Linzer Straße

GR. Laš (SPÖ) referierte einen Antrag auf nachträgliche Genehmigung des Umbaus der Linzer Straße sowie der Schönbrunner Schloßallee im 14. Bezirk mit einem voraussichtlichen Kosten-erfordernis von 2,2 Millionen Schilling.

In der Debatte erinnerte GR. Dr. Glatzl (ÖVP) daran, daß bereits seit Mitte März beide Fahrbahnen der Linzer Straße aufgerissen sind. Der Umbau selbst ist durchaus zu begrüßen, denn es wird dadurch eine unangenehme Engstelle beseitigt. Jedoch verlieren die Anrainer langsam die Nerven, weil die sogenannten Einbauten-Dienststellen bereits seit sechs Monaten an der Straße herumdoktern, an der sich ein Kino, ein Hotel und viele Geschäfte befinden, die schwer belästigt sind. Eine Firma, die auf freie Zufahrt angewiesen ist, mußte sechs Arbeiter entlassen. Es erhebt sich die Frage, warum hier nicht so wie an anderen Stellen zuerst die eine Straßenseite fertiggestellt worden ist und dann die andere und warum die Betroffenen bis heute nicht darüber informiert sind, wie lange der Umbau dauern wird. Der Redner forderte daher eine bessere Koordination bei Straßenbauarbeiten, die ehestbaldige Fertigstellung wenigstens einer Fahrbahnhälfte, die Vermeidung ähnlicher Unzukömmlichkeiten an anderen Stellen und die Bekanntgabe des ungefähren Termines der Fertigstellung an die interessierte Bevölkerung.

In seinem Schlußwort betonte der Berichterstatter, daß das betreffende Stück schon sehr desolat war, so daß der Umbau dringend notwendig erschien. Eine Fertigstellung der einzelnen Fahrbahnhälften nacheinander kam hier nicht in Frage, weil auch der gesamte Gleiskörper der Straßenbahn ausgewechselt werden mußte. Die betroffene Bevölkerung hätte bei den zuständigen Stellen jederzeit Auskunft erhalten, wie lange die Arbeiten voraussichtlich dauern werden. Jedenfalls wird die Linzer Straße, deren Sanierung sehr dringlich war, noch heuer fertig werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Neuer Tarif für die Müllabfuhr

Vizebürgermeister Slavik referiert sodann einen Entwurf für die Änderung des Abgabentarifes für die öffentliche Müllabfuhr. Er verweist darauf, daß der Tarif zum letztenmal im Jahr 1959 festgesetzt wurde. Wenn wir jetzt auf eine Kostendeckung kommen wollten, müßten wir eine Erhöhung um 55 Prozent vornehmen. Der Magistrat glaubt jedoch in Übereinstimmung mit den zuständigen Kammern, daß eine derartige Erhöhung nicht vorgenommen werden soll. Nach der vorgeschlagenen Regelung, die keinesfalls eine Kostendeckung ermöglichen wird, sollen die Gebühren für die Abfuhr von Kleingefäßen von 2 auf 2.30 Schilling erhöht werden, die für Großgefäße bis 110 Liter Inhalt von 5.20 auf 6 Schilling und für Großgefäße mit 1.100 Liter Inhalt soll der Grundbetrag 60 Schilling betragen. Durch die Erhöhung und die dadurch erzielten Mehreinnahmen wird immerhin eine geringfügige Erleichterung für den Betrieb erreicht werden können. Der von der Müllverbrennungsanlage erzeugte und abgegebene Dampf bringt einen Betrag von zwölf Millionen Schilling ein. Der Dampfpreis kann jedoch nicht weiter erhöht werden, weil wir sonst in eine nicht vertretbare Situation gegenüber den Kosten für festen oder flüssigen Brennstoff kommen würden.

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß die vorgesehene Erhöhung auf den ersten Blick tatsächlich bescheiden erscheint. Aus den genauen Erläuterungen zum Abgabentarif ist jedoch zu entnehmen, daß es sich hier nur um eine erste Etappe der Erhöhung handelt, der weitere folgen sollen. Er erinnert daran, daß bis zum Jahre 1934 die Wiener für die Müllabfuhr nichts zu bezahlen hatten. Jetzt hält man es nicht nur für notwendig, die im Jahr 1934 eingeführte Müllabfuhrgebühr aufrecht zu erhalten, jetzt versucht man auch noch die Amortisation der Anlagen und Einrichtungen den Wienern aufzulasten. Das rasante Ansteigen des Verbraucherpreisindex in diesem Sommer hat die Teuerung bereits in den Mittelpunkt der Innenpolitik gerückt und gerade in diesen Wochen geht die Diskussion darüber, daß eine Stabilisierung der Kaufkraft und des Schillings notwendig ist. Statt der Entwicklung der Kaufkraft geht die Stabilisierung aber den umgekehrten Weg, wie derartige Tarifierhöhungen beweisen. Es scheint derzeit deshalb eine auch noch so bescheidene Erhöhung als nicht vertretbar. Die KLS-Fraktion könne der geplanten Erhöhung daher nicht zustimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß die vorliegende 15prozentige Erhöhung vielleicht nicht so erwähnenswert wäre, würde nicht bereits jetzt, wie GR. Lauscher schon erwähnt hat, an spätere Erhöhungen gedacht. Es kommen verschiedene Abgaben- und Preiserhöhungen zusammen, die sich für den kleinen Mann summieren. Außerdem spricht man jetzt sehr oft vom Kostendeckungsprinzip. Kann es sich ein städtischer Betrieb überhaupt leisten, in seiner Betriebsform zu einem kostendeckenden Preis zu kommen? Es ist klar, daß hier die Kosten niemals so scharf und genau kalkuliert werden können wie in der Privatwirtschaft. Bei so lebenswichtigen Aufgaben wie Wasserversorgung, Müllabfuhr etc. müßte man einfach einen Betrag als Anerkennungsgebühr einheben und das darüber hinausgehende Defizit aus Budgetmitteln decken. Die FPÖ-Fraktion lehne die Vorlage ab.

Vizebürgermeister Slavik meint abschließend, daß man sich selbstverständlich auf den Standpunkt stellen könnte "Wir machen alles gratis, der liebe Gott wird schon zahlen". In irgendeiner Form müßten die Einnahmen aber beschafft werden. Der Müllanfall ist heute anders als vor zwanzig oder dreißig Jahren. Heute ist bei einer Ware die Verpackung manchmal teurer und voluminöser als der Inhalt. Wir haben heute das Problem der Entrümpelung unserer Stadt, die ohnedies gratis durchgeführt wird. Wir haben auch schon ein Christbaumproblem, denn in vielen Haushalten kann der alte Christbaum nicht verbrannt werden. Der Müllanfall ist gestiegen, und zwar von früher rund 400.000 auf derzeit 1,1 Millionen Kubikmeter. Wenn jedoch für die Müllabfuhr niemand etwas bezahlen wollte, müßten wir eine andere Steuer oder Abgabe einheben. Unsere derzeitige Regelung ist weitaus zweckmäßiger, da jeder nach der Größe seines Müllgefäßes für die Müllabfuhr einen Beitrag leisten muß. Eine billigere Abfuhr als unsere kann man sich gar nicht vorstellen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ein Grundstück für neues Dianabad

GR. Nimmerrichter (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Kauf einer ungefähr 4.200 Quadratmeter großen Grundfläche zwischen der Lilienbrunnengasse und der Hammer-Purgstall-Gasse von der Dianabad AG zu einem Kaufpreis von rund drei Millionen Schilling.

Der Redner stellt fest, daß während des zweiten Weltkrieges vor allem die an der Oberen Donaustraße gelegenen Häuser und das Dianabad schwer beschädigt wurden. Die Gebäudeteile wurden so baufällig, daß sie eine Gefahr für die Passanten bildeten und daher abgetragen werden mußten. Dadurch hat sich die Notwendigkeit der Verbauung des Areals ergeben. Da auf dieser Fläche die sehr wichtigen Brunnen liegen, könnte hier wieder ein Bad errichtet werden. Nach längeren Verhandlungen mit der Dianabad AG konnte nun eine Einigung über den Kauf erzielt werden. Der gesamte Aufwand der Stadt Wien für die Grundtransaktion wird zirka 3,3 Millionen Schilling erfordern. Der Redner ersucht um Annahme des Antrages.

GR. Lauscher (KLS) begrüßt den Ankauf dieser Grundfläche, bedauert aber, daß der Gemeinderat und die Öffentlichkeit über die Verhandlungen nicht richtig informiert wurden. Tatsache ist, daß die Dianabad AG und die Universale schon am 29. März 1960 in einem gemeinsamen Brief an die Stadtverwaltung angefragt haben, ob die Gemeinde bereit wäre, das Bad zu übernehmen. In einem weiteren Brief im Jahre 1961 wurde diese Bereitwilligkeit abermals zum Ausdruck gebracht. Der Redner meint, daß eine damalige Übernahme die Gemeinde wahrscheinlich den selben Betrag gekostet hätte, wie der nunmehrige Ankauf. Man hätte nur dann schon längst mit dem Bau eines Bades beginnen können und wertvolle Jahre erspart. GR. Lauscher betont, abschließend, daß zehntausende Menschen auf ein neues Dianabad warten, und stellt die Frage, wann mit der Vorlage der Entwürfe und wann mit dem Antrag zur Baubewilligung zu rechnen sein wird.

GR. Peter (FPÖ) bedauert, daß es keine Fragestunde im Gemeinderat gibt. In diesem Fall wäre es nämlich möglich gewesen, rechtzeitig informiert zu werden und erschöpfende Antwort über die ganze Angelegenheit Dianabad zu erhalten. Seitens der Dianabad-AG seien bereits seit mehr als fünf Jahren Anfragen in Bezug auf das Dianabad an die Gemeinde Wien gerichtet worden. Darin seien zahlreiche Vorwürfe gegen die Gemeinde Wien enthalten, über die niemand informiert worden sei. GR. Peter betont, er wisse nicht, ob diese Vorwürfe zu Recht bestehen. Wenn solche Vorwürfe jedoch in der Öffentlichkeit auftauchen, dann bestünde zweifellos die Verpflichtung, daß wenigstens die Gemeinderatsmitglieder darüber informiert werden.

Im übrigen bedauere die FPÖ, daß inzwischen so viel Zeit vergangen ist. Sie hoffe, daß das neue Bad allen Anforderungen entsprechen werde und gebe der Vorlage ihre Zustimmung.

GR. Bittner (ÖVP) begrüßt gleichfalls den Antrag und erklärt, ganz besonders über den Plan erfreut zu sein, ein 50-Meter-Schwimmbaden im Dianabad einzubauen. Ohne 50-Meter-Bahn habe Wien keine Chance, im internationalen Schwimmsport mitzutun. Es sei keinesfalls ein Luxus, eine solche Bahn im Dianabad und eventuell zwei im geplanten Stadthallenbad zu errichten. Durch seine gute Verkehrslage sei das Dianabad auch unersetzlich als Schulschwimmbad. Auch deshalb sei es durchaus angebracht, eine 50-Meter-Bahn zu bauen, die den Wettkampfbestimmungen entspricht. Da im neuen Dianabad etwas weniger Platz sein wird als im alten, könnte man eventuell auf Zuschauertribünen verzichten. Dafür gebe es dann im Stadthallenbad weitaus mehr Möglichkeiten.

Stadtrat Sigmund wandte sich als Debattenredner gegen die Behauptung, die Stadt Wien habe in der Angelegenheit der Dianabad-Gründe etwas verabsäumt. Wie der Redner sagte, müsse er sehr ernst, und nicht in Form einer Humoreske, gegen die Meinung auftreten, es wäre für die Gemeinde billiger gewesen, gleich zuzugreifen, als ihr die Gründe angeboten wurden.

Das Angebot hat damals gelautet: die Dianabad-AG schenkt der Stadt Wien 5.000 Quadratmeter Grund, wenn diese für die Absiedlung von 60 Mietern sorgt, unter denen sich nicht unbedeutende Gewerbebetriebe und Geschäfte befanden. Aus den gemachten Erfahrungen - die Absiedelung eines mittleren Betriebes in der Wattgasse hat sechseinhalb Millionen gekostet - muß man die dadurch entstehenden Kosten auf mindestens 15 Millionen schätzen. Der Stadt Wien wäre also in Wahrheit nichts geschenkt worden.

Weitere Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Gemeinde 5.000 Quadratmeter für drei Millionen erwirbt. Nachdem es aber um die Interessen aller Wiener und nicht einzelner Gruppen geht, mußte man durch die Fachleute überprüfen lassen, ob sich die zu dem Bad gehörigen maschinellen Anlagen verlegen beziehungsweise auf dem zur Verfügung stehenden Grundstück doch unterbringen lassen.

Dabei ergaben sich große Schwierigkeiten, die eine Entscheidung verzögerten.

In den wiederaufgenommenen Verhandlungen ging es um 4.200 Quadratmeter. Es werden also neue Untersuchungen nötig sein, ob man hier eine 50 Meter-Schwimmbahn unterbringt. Man soll beim Neubau des Bades jedoch nicht nur an die Sportler, sondern an alle Wiener denken. Ein reines Sportbad würde nicht im Interesse breiter Bevölkerungskreise liegen. Jedenfalls kann gesagt werden, daß in der Angelegenheit des Dianabades von Seiten der Stadt Wien nichts verabsäumt worden ist. Dem Gemeinderat Peter (FPÖ), der in seiner Rede häufig die Wendung "ich weiß ja net" verwendet hat, muß entgegengehalten werden: Wenn man nichts weiß, soll man nichts reden!

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in der kommenden Woche
=====

24. September (RK) In der kommenden Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Dienstag, 28. September:

15 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1/201.

- - -

Wolkenstürmer auf dem Kahlenberg, Wetterfrösche im Rathaus
=====

24. September (RK) Morgen nachmittag findet auf dem Flughafen Aspern eine große Flugveranstaltung statt: der Internationale Großflugtag des Österreichischen Modell- und Sportfliegerklubs Wilhelm Kress. In einem umfangreichen Non-stop-Programm werden Segel- und Motorkunstflug- sowie Fallschirmspringer-Vorführungen zu sehen sein, an denen die österreichischen Luftstreitkräfte, Mitglieder des Aero-Clubs und zahlreiche Gäste aus dem Ausland, unter ihnen mehrere Weltmeister, teilnehmen werden. Das Reinertragnis der Veranstaltung wird zum Teil der Katastrophenhilfe zufließen.

Anlässlich dieses Großflugtages hatte die Wiener Stadtverwaltung die internationalen Teilnehmer an dieser Veranstaltung für heute nachmittag zu einem Empfang in das Restaurant auf dem Kahlenberg eingeladen. In Vertretung von Bürgermeister Marek hieß Stadtrat Sigmund die Gäste herzlich willkommen und wünschte ihrer morgigen Veranstaltung großen Erfolg.

Während Nachmittag also die "Wolkenstürmer" aus aller Welt auf dem Kahlenberg versammelt waren, trafen am abend internationale "Wetterfrösche" im Wiener Rathaus zusammen. Bürgermeister Marek hatte nämlich die Teilnehmer an einem Symposium über Probleme der Wettervorhersage, das gegenwärtig in Wien abgehalten wird, zu einem Empfang in die Wappensäle eingeladen. Dieses Symposium findet aus einem besonderen Anlaß statt: vor 100 Jahren, am 1. Juli 1865, wurde die erste österreichische Wettervorhersage veröffentlicht. Auf Einladung des Instituts für Meteorologie und Geophysik der Universität Wien, der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik und der Österreichischen Gesellschaft für Meteorologie kamen rund 200 Meteorologen aus dem In- und Ausland nach Wien, um an dem Symposium teilzunehmen. Bei dem Empfang im Rathaus begrüßte in Vertretung des Bürgermeisters Stadtrat Heller die Gäste.

Bürgermeister von Miami in Wien
=====

24. September (RK) Überraschend traf heute der Bürgermeister von Miami, Florida, Charles F. Hall, in Wien ein und stattete Bürgermeister Marek einen Besuch im Rathaus ab. Das Stadtoberhaupt von Miami überbrachte seinem Wiener Amtskollegen den Schlüssel seiner Heimatstadt als symbolischen Ausdruck dafür, daß der Besuch des Wiener Bürgermeisters dort immer willkommen sein wird.

Bürgermeister Marek dankte für diesen freundlichen Besuch und das sinnige Gastgeschenk und führte Mr. Hall und seine Begleitung persönlich durch die Repräsentationsräume des Rathauses. Die amerikanischen Gäste statteten auch dem gerade tagenden Gemeinderat einen kurzen Besuch ab.

- - -